

Bálint Magyar

Autokratie in Aktion

Ungarn unter Orbán

Seit dem Machtantritt Viktor Orbáns gleicht die ungarische Politik einem Fußballspiel, in dem der Kapitän der einen Mannschaft nach Belieben die Regeln ändert, die Schiedsrichter ernennen und sogar die gegnerischen Spieler vom Platz verweisen kann. Die Gewaltenteilung ist aufgehoben, die Gleichheit vor dem Gesetz ausgehebelt. Orbán verfasst Gesetze, die mit chirurgischer Präzision auf einzelne Personen oder Gruppen zugeschnitten sind – sei es auf Gegner oder auf Freunde. Mit Einschüchterung und Erpressung treibt der *Fidesz* einen Elitenwechsel und eine Eigentumsverteilung voran. Die Geißelung von Sündenböcken ist zu einem konstitutiven Element der Wirtschaftspolitik geworden.

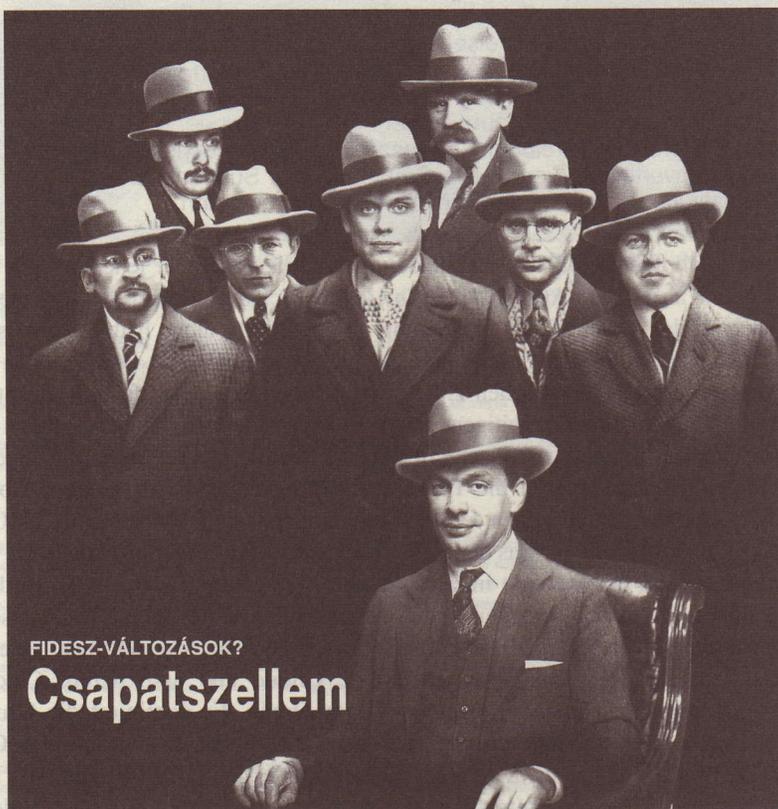
Ich wundere mich über nichts und niemanden mehr. Allenfalls über jene, die sich wundern. Seit den Wahlen vom April 2010 ist in Ungarn nichts geschehen, was aufmerksame Beobachter der ersten *Fidesz*-Regierung (1998–2002) nicht hätten vorhersehen können. Ziele und Mittel des *Fidesz* sind die gleichen, einzig die Bedingungen sind anders. Mit seiner parlamentarischen Zweidrittelmehrheit konnte er fast alle institutionellen Machtbeschränkungen beseitigen. Nach der Partei, in der schon seit langem alles von Viktor Orbán abhängt, ist nun auch der Staat unter die Oberherrschaft einer einzigen Person geraten. Nun setzt er die Techniken, mit denen er die Partei zu Gehorsam zwang, zur Lenkung der gesamten Gesellschaft ein. Seit den Wahlen von 2010 bekommt ganz Ungarn zu spüren, was der *Fidesz* als Partei schon zuvor erfahren hat.

Das Wochenmagazin HVG zeigte im Dezember 1999 auf der Titelseite ein Bild, auf dem sich sieben Herren in Anzügen und weichen Hüten hinter einem im Armsessel stehenden achten Herrn, dem Chef, gleichfalls Anzug und Hut tragend, positionierten. „Orangegeist“ lautete der Titel. Wir sehen eine Clique und assoziieren: Chicago, 1980er Jahre. Der Mann im Armsessel ist Viktor Orbán. Er dominiert die Gruppe. Auch die anderen gehören zum engsten Kreis der Macht. Nicht nur einen Chef, auch eine Führungsriege gab es. Dies war zu Zeiten der ersten Orbán-Regierung. Das Jahrzehnt ist seitdem vergangen. Heute gibt es nur noch den Chef. Alle anderen, die noch 1999 zur Führungsriege des *Fidesz* gehörten, sind aus dem innersten Kreis der Macht verbannt worden: János Áder, Tamás Deutsch und József Szájer sitzen im Europaparlament, Zoltán Pokorni ist Bürgermeister des XII. Budapester Bezirks,

Bálint Magyar (1952), Soziologe, Gründungsmitglied des Bundes Freier Demokraten (*FIDESZ*), Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur a.D., Budapest

Der Text ist ungarisch in *Népszabadság* und polnisch in der *Gazeta Wyborcza* erschienen. Er erscheint hier in leicht überarbeiteter und gekürzter Form.

Kórházbiztosítás – drágán
Rendőrségi internetfigyelő
A Lehel piac végórái
Oroszország választások előtt
Zűrös manökenvilág
Lássunk mikrochippel?



Titelbild: HVG, 18.12.1999. Vorne sitzend: Viktor Orbán. Zweite Reihe v.l.n.r.: József Szájer, Attila Várhegyi, Tamás Deutsch, Zoltán Pokorni, István Stumpf. Hintere Reihe: links János Áder, rechts László Kövér

László Kövér Parlamentspräsident, István Várhegyi leitet ein Fidesz-nahes Unternehmen und nicht so unwirtlich wie die Lager, in denen sie wurden, die persönlicher Machtkonzentration können sich nicht beschweren. Und das tu

János Áder (1959), Gründungsmitglied 1998–2002 Parlamentspräsident; 2002–2006 stellv. Parlamentspräsident, 2006–2009 stellv. Parlamentspräsident

Tamás Deutsch (1966), Gründungsmitglied 1990–2009; 1999–2002 Minister für

László Kövér (1959), Fidesz-Gründungsmitglied 2000–2001 Fidesz-Parteivorsitzender; seit

Zoltán Pokorni, Fidesz-Mitglied seit 1993; Fraktionsvorsitzender; 1998–2001 Bildungsminister, 2006 Bürgermeister des XII. Budapester Bezirks

István Stumpf (1957), ehemaliges Mitglied des Nationalrats der Patriotischen Volksfront, seit 2010 Verfassungsrichter.

József Szájer, Gründungsmitglied des Fidesz, stellvertretender Parteivorsitzender, seit 2006 Erarbeitung der neuen ungarischen Verfassung

Attila Várhegyi, in den 1990er Jahren Büropolitiker, Kulturstaatssekretär, Vorsitzender der

Was ist seit 1999 im Fidesz passiert? Wäre es nicht, die Jahre breitete sich nach dem Machtantritt Orbán unterschied sich von der für die Sozialisten. Er war auch anders als die klassische Fidesz, die zur Politik aufzubauen. Diese neue Organisation des Staates, mit Hilfe des Staates, aber mit dem Staat war kein Instrument der Mafia, er war ohne parlamentarische Kontrolle ausgeführt, der Staat wurde von Privatunternehmen verwendet; umgewandelt; die Herren an der Macht vermögen an; aus öffentlichen Kassen wurden die Institutionen der liberalen Demokratie beschränken. Der Kampf war noch nicht nur, sondern lediglich eine Apfelsinen-Reise. Der Weg zur Degradierung des Staates ist das erste rechnete der Fidesz mit der liberalen

Bálint Magyar: Magyar polip – a szervező
<www.magyarhirlap.hu/velemenymagyar>

László Kövér Parlamentspräsident, István Stumpf Verfassungsrichter und Attila Várhegyi leitet ein *Fidesz*-nahes Unternehmen. Kein Zweifel: Diese Verbannungsorte sind nicht so unwirtlich wie die Lager, in die in früheren Jahrzehnten jene geschickt wurden, die persönlicher Machtkonzentration im Wege standen. Die Betroffenen können sich nicht beschweren. Und das tun sie auch nicht.

János Áder (1959), Gründungsmitglied des *Fidesz*; 1993–1997 stellv. Parteivorsitzender; 1998–2002 Parlamentspräsident; 2002–2003 Parteivorsitzender, 2002–2006 Fraktionsvorsitzender, 2006–2009 stellv. Parlamentspräsident, seit 2009 im Europaparlament.

Tamás Deutsch (1966), Gründungsmitglied des *Fidesz*; Abgeordneter des Ungarischen Parlaments 1990–2009; 1999–2002 Minister für Jugend und Sport; seit 2009 MEP.

László Kövér (1959), *Fidesz*-Gründungsmitglied; 1998–2000 Minister für die Geheimdienste; 2000–2001 *Fidesz*-Parteivorsitzender; seit August 2010 Parlamentspräsident.

Zoltán Pokorni, *Fidesz*-Mitglied seit 1993; 1994–2006 Mitglied des Parlaments; 1997–1998 Fraktionsvorsitzender; 1998–2001 Bildungsminister; 2001–2002 Parteivorsitzender; seit 2006 Bürgermeister des XII. Budapester Bezirks (Hegyvidék).

István Stumpf (1957), ehemaliges Mitglied der MSzMP; 1989–1990 stellv. Präsident des Nationalrats der Patriotischen Volksfront; 1998–2002 Regierungsamtsminister; seit Juli 2010 Verfassungsrichter.

József Szájer, Gründungsmitglied des *Fidesz*; 1994–2002 Fraktionsvorsitzender, 1996–2003 stellvertretender Parteivorsitzender, seit 2004 MEP; 2011 Vorsitzender des Ausschusses zur Erarbeitung der neuen ungarischen Verfassung.

Attila Várhegyi, in den 1990er Jahren Bürgermeister von Szolnok; Generalsekretär des *Fidesz*; Kulturstaatssekretär, Vorsitzender der *Prestige Média Kft.*

Was ist seit 1999 im *Fidesz* passiert? Was ist in Ungarn geschehen? Bereits vor zehn Jahren breitete sich nach dem Machtantritt des *Fidesz* ein Polyp über Ungarn aus.¹ Er unterschied sich von der für die Sozialisten charakteristischen oligarchischen Organisation. Er war auch anders als die klassische Mafia, die versucht, von unten Beziehungen zur Politik aufzubauen. Diese neue Organisation breitete ihre Macht von der Spitze des Staates, mit Hilfe des Staates, aber mit Mafiamethoden von oben nach unten aus. Der Staat war kein Instrument der Mafia, er war selbst die Mafia. Öffentliche Gelder wurden ohne parlamentarische Kontrolle ausgegeben; öffentliche Gelder wurden für den Aufbau von Privatunternehmen verwendet; öffentliches Eigentum wurde in Privatbesitz umgewandelt; die Herren an der Macht zapften mit erpresserischen Methoden Privatvermögen an; aus öffentlichen Kassen bedienten sie ihre Klientel. Vor zehn Jahren waren die Institutionen der liberalen Demokratie noch in der Lage, diesen Polyp zu beschränken. Der Kampf war noch nicht entschieden. Ungarn war noch keine Diktatur, sondern lediglich eine Apfelsinen-Republik.

Der Weg zur Degradierung des Staates führte über die Degradierung der Partei. Als erstes rechnete der *Fidesz* mit der liberalen Strömung in der Partei ab, deren Vertreter

¹ Bálint Magyar: Magyar polip – a szervezett felvilág, in: Magyar Hírlap, 21.2.2001, <www.magyarhirlap.hu/velemenymagyar_balint_magyar_polip_a_szervezett_felvilag.html>.

sich dem Rechtsschwenk widersetzt hatten. Wenig später musste auch der „illoyale“ Tamás Wachsler verschwinden, der die Zeichen der Zeit nicht erkannt und gegen Viktor Orbán für das Amt des Parteivorsitzenden kandidiert hatte. Nach der Wahl Niederlage 2002 wurde die Partei neu organisiert: Seitdem werden auch die Direktkandidaten in den Wahlkreisen, die Schlüsselfiguren für die lokale Machtausübung des *Fidesz* sind, vom Parteivorsitzenden persönlich ernannt. Ebenso entscheidet Orbán seit 2002 über die Kandidaten auf der Liste, mit der der *Fidesz* zu Parlamentswahlen antritt. Symbolisch zeigte sich die Abhängigkeit der *Fidesz*-Kandidaten vor den Parlamentswahlen 2010: Sie mussten zu Orbáns Landsitz pilgern und dem „Paten“ einen Treueeid zu leisten.

Schließlich ersetzte Orbán bei den letzten Kommunalwahlen im Herbst 2010 jene alten lokalen *Fidesz*-Kader, die in der Partei noch etwas Unabhängigkeit genossen hatten, durch seine Vasallen. Es zeigte sich, dass es heute nicht mehr genügt, treues Parteimitglied zu sein. Im *Fidesz* muss man dem Parteiführer ergeben sein. *Fidesz*-Mitglieder wissen, was passiert, wenn man Entscheidungen Orbáns in Frage stellt oder sich gar gegen sie auflehnt. Ein falsches Wort kann die Karriere beenden. Wer unbotmäßig ist, wird vertrieben. Für immer. Verjährung gibt es nicht. Die Mitglieder des *Fidesz* haben vor allen Ungarn gelernt, dass „die Jungs es ernst meinen“.

Vom Paten zum Autokraten

Mit der Zweidrittelmehrheit im Parlament hat der *Fidesz* die Möglichkeit erhalten, die liberale Demokratie zu demontieren. Fünf Arten von Schranken – organisatorische Beschränkung, Selbstbeschränkung, Rationalität, der institutionalisierte Konsenszwang und die Verfassungsgerichtsbarkeit – könnten die Errichtung einer Autokratie verhindern. Doch wie wirksam sind sie?

Organisatorische Beschränkung

In den 1990er Jahren konnte der *Fidesz* seine Position nicht lange halten. Bei Umfragen lag er Anfang der 1990er Jahre weit vor den anderen Parteien. Da er jedoch nicht lokal verankert war, erlitt er bei den Wahlen von 1994 eine verheerende Niederlage. Die Sozialisten hingegen waren gesellschaftlich gut vernetzt, etwa im Öffentlichen Dienst oder in den Gewerkschaften. Der *Fidesz* konnte allenfalls auf die katholische Kirche zählen. Deren Unterstützung spielte tatsächlich eine wichtige Rolle für den Wahlsieg des *Fidesz* 1998. Bereits 2002 zeigte sich jedoch, dass dies nicht ausreicht. Daher hob der *Fidesz* „Bürgerkreise“ (*polgári körök*) aus der Taufe, sammelte Unterschriften und Adressen für Volksabstimmungen und Protestaktionen. Heute nutzt der *Fidesz* auch sämtliche modernen Medien, um seine rückwärtsgewandten Botschaften zu verbreiten. Die organisatorischen Beschränkungen sind somit weggefallen.

Selbstbeschränkung

Selbstbeschränkung kennt der *Fidesz* nicht, das Einhalten ungeschriebener Gesetze gilt ihm als Zeichen von Schwäche. Die Partei handelt nach dem Motto: *the winner takes it all*. Warum sollte eine Partei an der Macht Schranken akzeptieren und An-

standsregeln einhalten, die es innerpartei nicht akzeptiert hat? Machtkonzentration und so lenkt sie Ungarn ganz planmäßig

Rationalität

Ungarn wird nicht nur von einer Wirtschaftsjahrzehnt findet Politik nicht mehr als Falle des Populismus. Dies hat viel Millionen wahlberechtigte Bürger gibt von lediglich anderthalb Millionen 2002, 2006 und 2010 ging es jeweils Steuerzahler die Parteien jenen versprochen (Bund der Jungen Demokraten) und bedienten sich gleichermaßen einer polit trieben beide eine Politik des zyklischen In dem Maße, in dem der *Fidesz* sich delte, ersetzte er auch Argumente des Erkennungsmerkmal des *Fidesz*, dass schaft nationale Attribute verleihen jedoch nur einen Teilerfolg. Zwar gefen, diese hatte jedoch keine struktu von 2002. „Viel ist nicht genug“, erkl te der *Fidesz* bei der Abstimmung über ungarn 2003. Die Abstimmung war e *Fidesz* rief dazu auf, für eine doppel Populismus (die MSZP warnte vor de Änderung des Staatsbürgerschaftsges an dem Referendum.

Danach begann der *Fidesz*, nationale die links orientierten Wähler zu gew des Spätsozialismus zurückdenken. I vor vier Jahren“ aus dem Wahlkamp Garderobe war er zu erkennen. Zuvi Anzüge, nun trug sie lila-gestreifte die Bürger wollte sie ansprechen, son Dem nationalen und dem sozialen Po antwortung auf andere abwälzen. Di der dem Schicksal ausgesetzte kleine über ihr bitteres Los. Die kritische F gang mit der Zukunft werden aus d bannt. An ihre Stelle tritt Selbstmitl nisten, Banker, Oligarchen, Liberale, Der *Fidesz* hat erkannt, welch mäch denböcke darstellt. Orbán und seine

² Zitat aus der 1. Strophe der ungarischen

Standesregeln einhalten, die es innerparteilich nicht gibt und die sie in der Opposition nicht akzeptiert hat? Machtkonzentration ist das zentrale politische Prinzip der Partei, und so lenkt sie Ungarn ganz planmäßig in die Autokratie.

Rationalität

Ungarn wird nicht nur von einer Wirtschaftskrise heimgesucht. Seit mehr als einem Jahrzehnt findet Politik nicht mehr als rationaler Betrieb statt. Das Land zappelt in der Falle des Populismus. Dies hat viel damit zu tun, dass es in Ungarn annähernd acht Millionen wahlberechtigte Bürger gibt, achtzig Prozent der Einkommensteuer jedoch von lediglich anderthalb Millionen Einwohnern gezahlt werden. Bei den Wahlen 2002, 2006 und 2010 ging es jeweils um die Frage, welchen Anteil des Geldes der Steuerzahler die Parteien jenen versprechen, die keine Steuern zahlen. Der *Fidesz* (Bund der Jungen Demokraten) und die MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) bedienten sich gleichermaßen einer populistischen Rhetorik. An der Regierung betrieben beide eine Politik des zyklischen Verteilens und Streichens.

In dem Maße, in dem der *Fidesz* sich von einer liberalen in eine rechte Partei verwandelte, ersetzte er auch Argumente durch Parolen. In den 1990er Jahren war es das Erkennungsmerkmal des *Fidesz*, dass er der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft nationale Attribute verleihen wollte. Mit der nationalen Rhetorik erzielte er jedoch nur einen Teilerfolg. Zwar gelang es, eine rechte Sammelbewegung zu schaffen, diese hatte jedoch keine strukturelle Mehrheit. Dies zeigte die Wahl Niederlage von 2002. „Viel ist nicht genug“, erklärte Orbán danach. Die gleiche Erfahrung machte der *Fidesz* bei der Abstimmung über die doppelte Staatsbürgerschaft für Auslandungarn 2003. Die Abstimmung war ein Ringen zwischen nationalem Populismus (der *Fidesz* rief dazu auf, für eine doppelte Staatsbürgerschaft zu stimmen) und sozialem Populismus (die MSZP warnte vor den Folgen für die Sozialsysteme). Der Antrag auf Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes scheiterte wegen zu geringer Beteiligung an dem Referendum.

Danach begann der *Fidesz*, nationalen und sozialen Populismus zu kombinieren, um die links orientierten Wähler zu gewinnen, die mit Nostalgie an die weiche Diktatur des Spätsozialismus zurückdenken. Nicht nur die Parole „Uns geht's schlechter als vor vier Jahren“ aus dem Wahlkampf 2006 stand für diesen Wechsel. Auch an der Garderobe war er zu erkennen. Zuvor kleidete sich die *Fidesz*-Führung in elegante Anzüge, nun trug sie lila-gestreifte Hemden und Sakko ohne Krawatte. Nicht mehr die Bürger wollte sie ansprechen, sondern das Volk.

Dem nationalen und dem sozialen Populismus ist gemein, dass sie die politische Verantwortung auf andere abwälzen. Die „vom Schicksal nicht verschonte“² Nation und der dem Schicksal ausgesetzte kleine Mann aus dem Volk vereinen sich in der Klage über ihr bitteres Los. Die kritische Reflexion der Geschichte und ein rationaler Umgang mit der Zukunft werden aus der politischen Kultur Ungarns systematisch verbannt. An ihre Stelle tritt Selbstmitleid und die Suche nach Sündenböcken: Kommunisten, Banker, Oligarchen, Liberale, Juden, Schwule, Zigeuner.

Der *Fidesz* hat erkannt, welcher mächtiger Hebel die Abwälzung der Schuld auf Sündenböcke darstellt. Orbán und seine Leute sind – anders als *Jobbik* – keine Fremden-

² Zitat aus der 1. Strophe der ungarischen Nationalhymne – Anm. d. Übers.

hasser, Rassisten oder Antisemiten. Sie sind zynisch. Wenn Xenophobie und Antisemitismus ihnen den Weg an die Spitze der Macht ermöglichen, dann setzt der *Fidesz* sie ein. Er hat damit die ganze Palette niedriger Gesinnungen salonfähig gemacht. Und da die sozialpopulistischen Versprechen unerfüllbar, die Erwartungen aber geweckt sind, musste die Suche nach Sündenböcken, die Stigmatisierung und die politisch motivierte Verfolgung zu einem zentralen Moment des Regierens werden.

Institutionalisierter Konsenszwang

Das wichtigste institutionelle Element zur Begrenzung der Macht ist in Ungarn die für grundlegende Entscheidungen erforderliche Zweidrittelmehrheit. Entscheidungen über die Grundlagen des Rechtsstaats und der liberalen Demokratie sollten Regierung und Opposition nur gemeinsam treffen können.

Diese Regel war durchaus ambivalent. Einerseits schützte sie die Institutionen der liberalen Demokratie, was angesichts der wenig demokratischen politischen Kultur und des Fehlens gewohnheitsrechtlicher Schranken sehr wichtig war. Andererseits verhinderte sie wichtige Reformen. Denn statt eine Kultur der Konsenssuche zu fördern, führte sie zu einer Unkultur der Erpressung und des Hinhaltens.

Das Prinzip der Zweidrittelmehrheit wurde oft auch für die Besetzung von Ämtern in Behörden angewendet, die der Regierung nicht unmittelbar unterstehen. Oft dauerte es Jahre, bis ein Kompromiss gefunden wurde. Wenn einer erzielt wurde, so war es niemals der *Fidesz*, der nachgegeben hatte. Immer war es die MSZP, die Angst vor einem zu großen Einfluss der Liberalen hatte und aufgrund ihrer oligarchischen Struktur nur eingeschränkt handlungsfähig war.

So siegte beim großen Postengeschacher oft der *Fidesz*. Hinzu kam, dass er während seiner ersten Zeit an der Regierung von 1998–2002 bei Bedarf Gremien für funktionsfähig erklärte, auch wenn sie nicht die vorgeschriebene Anzahl an Mitgliedern hatten, – in der Opposition jedoch solche Gremien blockierte. In den funktionierenden Gremien hielten sich jene, die mit Hilfe des *Fidesz* ins Amt gekommen waren, strikt an die Parteilinie. Jene, die über die MSZP auf ihren Posten gelangt waren, ignorierten oft nicht nur die aus ihrem Amt erwachsenden Pflichten, sondern machten sich auch von der MSZP unabhängig. Dieser Unterschied führte dazu, dass der *Fidesz* wichtige Institutionen dominierte, deren Gremien eigentlich „im Konsens“ besetzt worden waren.

Dies gilt vor allem für die Staatsanwaltschaft und das Verfassungsgericht. Die Staatsanwaltschaft etwa steht unter *Fidesz*-Einfluss, seit der hochangesehene Generalstaatsanwalt Kálmán Györgyi im Jahr 2000 – aus bis heute nicht geklärten Gründen – zurücktrat und der zu dieser Zeit regierende *Fidesz* – aufgrund des Rücktritts mit einfacher Mehrheit – einen Nachfolger, den engen Orbán-Vertrauten Péter Polt, bestimmen konnte. Mit gezielt zum richtigen Zeitpunkt lancierten Pressemeldungen und einer entsprechenden Berichterstattung in der *Fidesz*-nahen Zeitung *Magyar Nemzet* beteiligte sich die Staatsanwaltschaft unter Polt an *Fidesz*-Kampagnen.

Besonders dienlich war Generalstaatsanwalt Polt dem *Fidesz* nach dem Machtwechsel 2002, als er sämtliche Verfahren niederschlug, in denen dem *Fidesz* eventuell hätte Korruption nachgewiesen werden können. Dies gilt vor allem für die Untersuchungen, die der von der MSZP als Regierungsbeauftragter zur Aufdeckung von Korruptionsfällen eingesetzte Staatssekretär László Keller einleitete. Heute hat der *Fidesz* mit

Gyula Budai einen Regierungskommissar
 ... lässt der Generalstaatsanwalt – nach
 Péter Polt – freien Lauf.

Das Verfassungsgericht

Auch vor dem Verfassungsgericht macht
 ... Nach 1989 wurden zunächst viele an
 ... zunehmend kamen jedoch dem *Fidesz* g
 ... während die von den Sozialisten nomini
 ... hervorragende fachliche Qualifikation ha
 ... der Partei oft abtrünnig wurden. Libera
 ... eines Verfassungsrichters. Da die amtie
 ... vom Parlament wiedergewählt werden
 ... MSZP ins Amt gelangten Richter auf d
 ... das Urteil über die Volksabstimmung zu
 ... während, die die Regierung 2008 einge
 ... Volksbegehren für verfassungsfeindlich
 ... Abstimmung zu, mit der dann auch tatsä

Die Aufhebung der Gewaltenteilung

Die mit den Stimmen von 53 Prozent d
 ... drittelmehrheit ermöglichte dem *Fidesz*
 ... teilung. Nachdem für eine uneingeschrä
 ... war, arbeitet die Partei nun an der E
 ... Staat. Die ungarische Politik gleicht be
 ... der einen Mannschaft die Regeln ände
 ... gegnerischen Spieler vom Platz verweis

Die Regierung

Orbán hat die Ministerposten so beset
 ... herrscht. Drei Arten von Ministern hat
 ... nischen Arbeiterpartei und Männer, die
 ... Verbindung gebracht werden können;
 ... schäftspartner“. Die erste Gruppe ist e
 ... lassen werden, die dritte gehört ohn
 ... Ausnahme ist der für Verwaltung und
 ... Orbán hat viele seiner früheren Minis
 ... allerdings nur diejenigen, die keinen
 ... seinen Willen in der Regierung und m
 ... verschiedenen sind beendet, sobald

Gyula Budai einen Regierungskommissar mit der gleichen Aufgabe eingesetzt. Die-
sem lässt der Generalstaatsanwalt – nach vierjähriger Unterbrechung seit 2010 erneut
Péter Polt – freien Lauf.

Das Verfassungsgericht

Nach vor dem Verfassungsgericht machte der *Fidesz* mit seiner Personalpolitik nicht
halt. Nach 1989 wurden zunächst viele angesehene Konservative zu Richtern gewählt.
Zunehmend kamen jedoch dem *Fidesz* getreue Parteigenossen auf die Richterposten,
während die von den Sozialisten nominierten Kandidaten – meist Leute, die keine
hervorragende fachliche Qualifikation hatten und ideologisch wenig profiliert waren –
der Partei oft abtrünnig wurden. Liberale Kandidaten gelangten selten in das Amt
eines Verfassungsrichters. Da die amtierenden Richter nach Ablauf ihrer Amtszeit
vom Parlament wiedergewählt werden konnten, achteten viele der mit Hilfe der
MSZP ins Amt gelangten Richter auf die Erwartungen des *Fidesz*. Exemplarisch ist
das Urteil über die Volksabstimmung zur Abschaffung der Praxis- und der Studienge-
bühren, die die Regierung 2008 eingeführt hatte. Maßgebliche Juristen hatten das
Volksbegehren für verfassungsfeindlich erklärt – doch das Verfassungsgericht ließ die
Abstimmung zu, mit der dann auch tatsächlich die Gebühren gekippt wurden.

Die Aufhebung der Gewaltenteilung

Die mit den Stimmen von 53 Prozent der Wähler errungene parlamentarische Zwei-
drittelmehrheit ermöglichte dem *Fidesz* eine systematische Aufhebung der Gewalten-
teilung. Nachdem für eine uneingeschränkte Herrschaft des Paten in der Partei gesorgt
war, arbeitet die Partei nun an der Errichtung einer autokratischen Herrschaft im
Staat. Die ungarische Politik gleicht bereits einem Fußballspiel, in dem der Kapitän
der einen Mannschaft die Regeln ändern, die Schiedsrichter ernennen und sogar die
gegnerischen Spieler vom Platz verweisen kann.

Die Regierung

Orbán hat die Ministerposten so besetzt, dass er die Regierung uneingeschränkt be-
herrscht. Drei Arten von Ministern hat er ausgewählt: ehemalige Mitglieder der Unga-
rischen Arbeiterpartei und Männer, die mit den kommunistischen Geheimdiensten in
Verbindung gebracht werden können; politische Leichtgewichte; „Freunde und Ge-
schäftspartner“. Die erste Gruppe ist erpressbar, die zweite kann nach Belieben ent-
lassen werden, die dritte gehört ohnehin den mafiaartigen Strukturen an. Einzige
Ausnahme ist der für Verwaltung und Justiz zuständige Minister Tibor Navracsics.
Orbán hat viele seiner früheren Minister in seine zweite Regierung zurückgeholt –
allerdings nur diejenigen, die keinen Rückhalt im *Fidesz* haben. Somit kann Orbán
seinen Willen in der Regierung und in der Fraktion jederzeit durchsetzen. Meinungs-
verschiedenheiten sind beendet, sobald Orbán sich einmisch.

Das Parlament

Mit Hilfe der handverlesenen Abgeordneten kann Orbán jedes Gesetz im Parlament durchsetzen. Gerne spricht Orbán von Entscheidungen, die nicht er, sondern das Parlament gefällt habe. Doch in diesen Momenten kann er ein ironisches Lächeln kaum verbergen. Jede seiner politischen Bekundungen kann zur Verordnung oder zum Gesetz werden. Das Parlament hat lediglich die Funktion, die Entscheidung des Autokraten nachträglich auf Papier zu bringen. Dies hat auch die Gleichheit vor dem Gesetz beseitigt. Orbán verfasst seine Gesetze mit der Präzision eines Chirurgen. Sie sind exakt auf einzelne Personen oder Gruppen zugeschnitten – sei es auf seine Gegner oder auf seine Freunde. Nicht zufällig werden viele Gesetze umgangssprachlich nach der begünstigten Person benannt. Die „Lex Szász“ etwa ist so formuliert, dass der Leiter der Finanzaufsichtsbehörde (PSZÁF), Károly Szász, von der rückwirkend eingeführten 98-prozentigen Steuer auf Abfindungen für Staatsbedienstete nicht betroffen ist. Als „Lex Borkai“ wurde ein verfassungsänderndes Gesetz bekannt, das es Polizisten sowie Angehörigen der Armee und des Staatsschutzes verbieten sollte, für weitere fünf Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienst politische Ämter zu übernehmen. Als dem *Fidesz* auffiel, dass dies die geplante Kandidatur ihres Parteigenossen Zsolt Borkai für das Bürgermeisteramt der Stadt Győr verhindert hätte, wurde die Frist auf drei Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienst verkürzt. Als „Lex Mahir“ wird ein im Januar 2011 in Kraft getretenes Gesetz bezeichnet, das bestimmte Formen der Straßenwerbung verbietet, weil es auf das führende Unternehmen dieser Sparte zielt, das ein Konkurrent der vom *Fidesz*-Mann Lajos Simicska geleiteten Werbeagentur *Mahir Magyar Hirdető* ist. „Lex CBA“ schließlich meint das Gesetz über die progressiven Sondersteuern für Einzelhandelsunternehmen, indem die Schwelle für erheblich höhere Abgaben so festgesetzt ist, dass die ungarische Supermarktkette CBA, der unter anderem wegen *Fidesz*-Wahlwerbung auf ihren Wurfsendungen eine Nähe zu der Partei nachgesagt wird, mit ihrem Jahresumsatz genau unterhalb der Schwelle bleibt.

Der Präsident

Doch was ist mit dem Staatspräsidenten, der Gesetze zur Überprüfung an das Verfassungsgericht weiterleiten oder an das Parlament zur Überarbeitung zurückweisen kann? Im Jahr 2005 hatte sich mit den Stimmen des *Fidesz* László Sólyom knapp gegen die Kandidatin der MSZP durchgesetzt. Obwohl Sólyom sich meist im Sinne des *Fidesz* verhalten hatte, war er Orbán zu unabhängig. Als im Jahr 2010 Neuwahlen anstanden, schlug die Fraktion auf Anordnung des Ministerpräsidenten Sólyom nicht mehr vor. Ebenso verhinderte Orbán eine Kandidatur des ehemaligen Parlamentspräsidenten und *Fidesz*-Fraktionsvorsitzenden János Áder. Diesen hatte Orbán dabei ertappt, wie er sich im *Fidesz* eine eigene Machtbasis aufbauen wollte. Orbán brauchte einen Präsidenten, bei dem alle Gesetze durchgehen „wie ein Degen durch die Butter“. Wer lag da näher als ein Fechtolympiasieger, der seit 1986 amtierende Generalsekretär des Ungarischen Olympischen Komitees? Ende Juni erkor der *Fidesz* den begeistert gefügigen Pál Schmitt zum Präsidenten.

Das Verfassungsgericht

Auch das Verfassungsgericht ist bereit, beliebigen Entscheidungen – das Gericht hat Entscheidungen für Staatsbedienstete wegen harter *Fidesz* mit einer Verfassungsänderung bei Steuer- und Finanzgesetzen. Verfassungsänderung im Juni 2010 die zuvor bei der Besetzung vakanter Richterposten Kandidaten in das Verfassungsgericht: Stumpf, im September 2011 den *Fidesz*-nahe Personen. Um die Mehrheit der *Fidesz* zudem die Altersgrenze der am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen neuen Verfassungsrichter von elf auf 15 erhöht. Orbán unabhängige Verfassungsgericht, als er zur Verstaatlichung der privaten Rentenversicherung wurde ohnehin nicht zurückgenommen.³ Aber, werden Kritiker einwenden, dass die Möglichkeit zur Entlassung von Staatsrichtern auf verfassungswidrig erklärtes Orbán nicht weh tat und dem Verfassungsgericht diese verfassungswidrige Praxis von dieser verfassungswidrigen Praxis dem *Fidesz* erlaubt, sie für weitere dreißig Jahre sein können, dass die Säuberung noch nicht abgeschlossen ist.

Weitere Institutionen und horizontale Kontrolle

Auf ähnliche Weise hat der *Fidesz* im öffentlichen Leben Institutionen eingenommen: den Staatlichen Rechnungswesen und die öffentlich-rechtlichen Medien. Die Zentralbank zur Kontrolle des staatlichen Etats ein erfahrener Ökonom György Kopits. Das Schicksal droht auch der Notenbank. Die Zentralbank dem *Fidesz*-Leuten besetzt, zum 1. Januar 2011 die Neubesetzung der Zentralbank mit der Finanzministerin. Die Regierung erlaubt, einen neuen Präsidenten der Zentralbank zu ernennen. Zudem kann der Ministerpräsident die Zentralbankpräsidenten ernennen und so den Einfluss der Zentralbank auf die Politik beseitigt, indem er die Autonomie der Zentralbank beseitigt. So sind neben die gewählten Körperschaften getreten. Gleiches ist auf tieferer Ebene geschehen.

³ Nyugdíjpénztári átlépés: sok jogfenntartó
<http://hvg.hu/itthon/20110202_ervenyt>

⁴ Urteil unter <www.mkab.hu/index.php?>

Das Verfassungsgericht

Auch das Verfassungsgericht ist bereits weitgehend ausgeschaltet. Nach einer missliebigen Entscheidung – das Gericht hatte das Gesetz über Sondersteuer auf Abfindungen für Staatsbedienstete wegen handwerklicher Mängel zurückgewiesen – entzog der *Fidesz* mit einer Verfassungsänderung dem höchsten Gericht die Kontrollkompetenz bei Steuer- und Finanzgesetzen. Vor allem aber hat der *Fidesz* mit einer Verfassungsänderung im Juni 2010 die zuvor vorgeschriebene Beteiligung der Opposition bei der Besetzung vakanter Richterposten aufgehoben. Seitdem hievt Orbán seine Kandidaten in das Verfassungsgericht: 2010 seinen ehemaligen Kabinettschef István Stumpf, im September 2011 den *Fidesz*-Abgeordneten István Balsai sowie drei weitere *Fidesz*-nahe Personen. Um die Mehrheitsverhältnisse schneller zu ändern, hat der *Fidesz* zudem die Altersgrenze der amtierenden Richter gesenkt und in der am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen neuen Verfassung auch die Anzahl der Verfassungsrichter von elf auf 15 erhöht. Orbán hielt schließlich die Totenrede auf das unabhängige Verfassungsgericht, als er erklärte, man brauche gar nicht auf dessen Urteil zur Verstaatlichung der privaten Rentenkasse durch die Regierung zu warten. Diese werde ohnehin nicht zurückgenommen.³

Aber, werden Kritiker einwenden, das Verfassungsgericht hat doch das Gesetz über die Möglichkeit zur Entlassung von Staatsbediensteten ohne Angabe eines Kündigungsgrunds für verfassungswidrig erklärt. Doch dieses Urteil war so formuliert, dass es Orbán nicht weh tat und dem Verfassungsgericht das Überleben sicherte: Statt die von dieser verfassungswidrigen Praxis Betroffenen zu schützen, haben die Richter dem *Fidesz* erlaubt, sie für weitere drei Monate anzuwenden. Schließlich hätte es ja sein können, dass die Säuberung noch nicht ganz abgeschlossen ist.⁴

Weitere Institutionen und horizontale Gewaltenteilung

Auf ähnliche Weise hat der *Fidesz* im Winter 2010 auch die anderen unabhängigen Institutionen eingenommen: den Staatlichen Rechnungshof, die Wettbewerbsbehörde und die öffentlich-rechtlichen Medien. Den Haushaltsrat, den die Regierung Bajnai zur Kontrolle des staatlichen Etats eingerichtet hatte und der unter der Leitung des erfahrenen Ökonomen György Kopits stand, ließ Orbán neu besetzen. Das gleiche Schicksal droht auch der Notenbank. Ihr Geldpolitischer Rat wurde bereits mit *Fidesz*-Leuten besetzt, zum 1. Januar 2012 trat ein Gesetz in Kraft, das die Zusammenlegung der Zentralbank mit der Finanzmarktaufsicht vorsieht und auf diesem Weg der Regierung erlaubt, einen neuen Präsidenten der *Magyar Nemzeti Banka* zu ernennen. Zudem kann der Ministerpräsident einen vierten stellvertretenden Notenbank-Präsidenten ernennen und so den Einfluss der Regierung erhöhen.

Schließlich hat Orbán neben der horizontalen auch die vertikale Gewaltenteilung beseitigt, indem er die Autonomie der kommunalen Selbstverwaltung eingeschränkt hat. So sind neben die gewählten Körperschaften der 19 Komitate Regierungsbehörden getreten. Gleiches ist auf tieferer Ebene geschehen. Die Zentralisierung wurde

³ Nyugdíjpénztári átlépés: sok jogfenntartó nyilatkozat érvénytelen lehet, <http://hvg.hu/itthon/20110202_ervenytelen_jogfenntarto_nyilatkozat>.

⁴ Urteil unter <www.mkab.hu/index.php?id=1068_b_2010__ab_hatarozat>.

weiter vorangetrieben, in dem Schulen und Krankenhäuser aus dem Verantwortungsbereich der Komitate genommen und direkt der Regierung unterstellt wurden. Auch die Autonomie der Universitäten wurde bei dieser „kalten Verstaatlichung“ beschnitten. Die Ähnlichkeit der neuen Machtvertikale mit dem kommunistischen Räte-System sind nicht zufällig.

Erosion fundamentaler Freiheitsrechte

Zur Demokratie gehören essentiell Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie ein Wahlgesetz, das einen fairen Kompromiss zwischen Bündelung des Wählerwillens und Repräsentation darstellt. Der *Fidesz* beschneidet jedoch all diese Rechte, um seine Ablösung bei den nächsten Wahlen zu verhindern.

Das neue Mediengesetz hat die öffentlich-rechtlichen Medien in vom *Fidesz* kontrollierte und gelenkte Staatsmedien verwandelt. Die privaten Medien sind zu Entpolitisierung und Selbstzensur gezwungen, da auf der Basis von Gummiparagrafen Strafen verhängt werden können, die ihnen die wirtschaftliche Basis entziehen. Fernsehstationen und Radiosendern kann gleich die Frequenz entzogen – oder die Bewerbung um neu vergebene Frequenzen verweigert – werden. Ganz unabhängig von den Möglichkeiten, die das Mediengesetz schafft, hat der *Fidesz* genügend Einfluss auf die staatliche und private Werbewirtschaft, um unliebsame Medien mit ökonomischen Hebeln zu beseitigen. Auch andere Möglichkeiten kritischer Meinungsäußerung sind beschnitten worden, etwa durch die Einschränkung des Streikrechts.

Ein direkt wirkendes Instrument zur Betonierung der *Fidesz*-Macht ist die Änderung des Wahlrechts. Die Neufassung des Wahlrechts für die Kommunalwahlen zeigte die Technik der Machterhaltung: Konzentration der Stimmen statt proportionaler Abbildung. Dies soll die geplante Wahlrechtsreform auch für die Parlamentswahlen bringen: Die Zahl der Abgeordneten soll auf 199 gesenkt werden, bei den Direktmandaten in Einmannwahlkreisen soll anstatt der bislang notwendigen absoluten Mehrheit, die oft einen zweiten Wahlgang erforderlich machte, eine einfache Mehrheit im ersten Wahlgang genügen. Noch im Jahr 2009 hatte der *Fidesz* eine Verkleinerung des Parlaments strikt abgelehnt, weil die damals vorgeschlagene Wahlrechtsreform eine proportionalere Umsetzung von Stimmen in Mandate vorgesehen hatte. Die Stärkung der großen Parteien, die mit dem geplanten Wahlgesetz einhergeht, kommt angesichts der Struktur des ungarischen Parteiensystems allein dem *Fidesz* zugute. Selbst wenn Orbáns Partei erheblich an Zustimmung verlöre, wird das geplante Wahlgesetz dazu führen, dass der *Fidesz* an der Macht bleibt.

Einschüchterung und Elitenwechsel

Will eine autokratische Regierung ihre Macht zementieren, muss sie die Bürger gefügig machen oder sie wenigstens dazu bringen, nicht aufzubegehren. Dazu bedarf es der Einschüchterung. Diese gelingt am besten, wenn die Menschen dem Staat existentiell ausgeliefert sind. Zwar können sich die Ungarn heute mehr Konsum leisten, als zu sozialistischen Zeiten. Doch die Unsicherheit ist wesentlich größer. Gab es in den 1980er Jahren nur einige hunderttausend Telefonanschlüsse, so sind es heute – Mobiltelefone

eingerechnet – mehr als zehn Millionen; geschneit; viele junge Leute haben heute studieren; jährlich fahren etwa eine halbe Million ins Ausland. All dem steht jedoch eine massive Krise gegenüber. Familien bereits in zweiter Generation sind in Gefahr, eine breite Schicht der Bevölkerung hoffentlich. Mehrere Unternehmen sind Konkurs gegangen und werden zu verlieren. Verliert jemand seinen Arbeitsplatz, droht der Absturz. Dies zeigt, dass der *Fidesz* diese Macht auch 1998–2002 hatte er gegen den aus der Sozialisten impliziten Gesellschaftsvertrag verstoßen. Gegen die Macht nicht in die Privatsphäre, sondern in die Regel, politische Gegner nicht zu verfolgen. Grund gegen den *Fidesz* mobilisieren und gegen. Doch da ein Machtwechsel bei der Wahl. Menschen heute viel existentieller davon betroffen. aufbringen.

Dies ist besonders in den staatlichen Behörden nicht gelungen, eine allseits akzeptierte Lösung. Ämter von den mit unpolitischem Fachwissen. Nach jedem Regierungswechsel wurden Ministerien und zentralen wie regionalen Behörden. Die Vergabe als politische Belohnung zerstört. Der *Fidesz* hat dies nun auf die Spitze getrieben. Ämtern entlassen, sondern es wird dafür Sorge zu nehmen, dass die Stelle im Staatsapparat mehr erhalten. In der Regel werden, dass nur noch *Fidesz*-Getreue über die Entlassung von Beamten ohne Rücksicht auf den Personalaustausch. Angeblich kursieren Gerüchten, denen eine zukünftige Anstellung. Soll. Im Falle der entlassenen Experten wird eine interne Anweisung dafür, dass sie keine politischen sind die Methoden, mit denen Angst geschürt. durch die Schaffung einer neuen „nationalen“ Elite. Seit einigen Jahren rekrutiert sich der *Fidesz* in den Nationen, etwa der der Staatsanwaltschaften, der katholischen Universität Péter Pázmány. In Budapest, einer ihm treuen Elite zu schaffen, systematisch. Nationale Hochschule für den Öffentlichen Dienst. Die Nationale Hochschule für Verwaltungswissenschaften, die Hochschule für Verwaltungswissenschaften, die Hochschule für Polizei- und Sicherheitswissenschaften sowie der Hochschule für Polizei- und Sicherheitswissenschaften vereinigt. Welcher Geist in dieser

eingerechnet – mehr als zehn Millionen; die Zahl der Autos ist auf drei Millionen hochgeschwollen; viele junge Leute haben heute viel früher eine eigene Wohnung und können studieren; jährlich fahren etwa eine halbe Million Ungarn zum Sommerurlaub an die Adria. All dem steht jedoch eine Massenarbeitslosigkeit gegenüber, die in manchen Familien bereits in zweiter Generation auftritt. Infolge der Wirtschaftskrise ist heute eine breite Schicht der Bevölkerung hoffnungslos verschuldet. Viele kleinere und mittlere Unternehmen sind Konkurs gegangen. Kurzum: Die Menschen haben heute etwas zu verlieren. Verliert jemand seinen Arbeitsplatz oder bleiben staatliche oder kommunale Aufträge aus, droht der Absturz. Dies gibt der herrschenden Partei große Macht.

Dies ist besonders in den staatlichen Behörden fatal. In den vergangenen 20 Jahren ist es nicht gelungen, eine allseits akzeptierte Trennlinie zu etablieren, die politisch besetzte Ämter von den mit unpolitischem Fachpersonal besetzten Positionen unterscheidet. Nach jedem Regierungswechsel wurden vielmehr immer tiefere Schichten der Ministerien und zentralen wie regionalen Behörden politisch neu besetzt. Die Praxis der Ämtervergabe als politische Belohnung zerstörte die rationale Verwaltung.

Der *Fidesz* hat dies nun auf die Spitze getrieben. Personen werden nicht nur aus ihren Ämtern entlassen, sondern es wird dafür gesorgt, dass sie auch keine andere höhere Stelle im Staatsapparat mehr erhalten. Die gesamte Verwaltungselite soll so gesäubert werden, dass nur noch *Fidesz*-Getreue im öffentlichen Dienst verbleiben. Das Gesetz über die Entlassung von Beamten ohne besondere Gründe ermöglichte einen umfassenden Personalaustausch. Angeblich kursierten sogar Schwarze Listen mit den Namen von Leuten, denen eine zukünftige Anstellung bei staatlichen Behörden verweigert werden soll.

Im Falle der entlassenen Experten des Haushaltsrats sorgte der Minister mit einer internen Anweisung dafür, dass sie keine Anstellung im Finanzministerium erhalten. Dies sind die Methoden, mit denen Angst geschürt und für Unterwerfung gesorgt wird. Auch durch die Schaffung einer neuen „nationalen Elite“ für Politik und Verwaltung. Seit einigen Jahren rekrutiert sich der Nachwuchs für die vom *Fidesz* beherrschten Institutionen, etwa der Staatsanwaltschaft, fast ausschließlich aus Absolventen der Katholischen Universität Péter Pázmány. Jetzt hat der *Fidesz* die Gelegenheit, das Ziel einer ihm treuen Elite zu schaffen, systematisch anzugehen. Die Regierung will eine Nationale Hochschule für den Öffentlichen Dienst schaffen, indem sie aus der Corvinus-Universität die Hochschule für Verwaltungswesen ausgliedert und mit der Hochschule für Polizeioffiziere sowie der Hochschule für Nationale Verteidigung Miklós Zsitnyi vereinigt. Welcher Geist in dieser neuen Kadenschmiede herrschen wird, zeigt

bereits der Ort, der für sie ausersehen ist: die Ludovika-Akademie, eine einstige Kadettenschule und Militärakademie.⁵

Auch die wissenschaftliche und kulturelle Elite soll ausgetauscht werden. Während seiner ersten Regierungszeit konnte der *Fidesz* nur einzelne Posten neu besetzen. Doch bereits nach dem Sieg bei den Kommunalwahlen 2006 besetzte der *Fidesz* in zahlreichen Städten etwa die Posten der Theaterintendanten systematisch mit eigenen Leuten. Nun kann er auch in anderen Segmenten des Kulturbetriebs seine Leute an Schlüsselstellen postieren.

Exemplarisch ist die Filmförderung. Bei den bislang üblichen öffentlichen Ausschreibungen mag vieles nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, aber die Gremien waren mit Experten besetzt. Jetzt ist es ein Beauftragter der Regierung, der entscheidet. Es kann nicht mehr lange dauern, bis die Hofregisseure des *Fidesz* die ersten Historien-Filme liefern, in denen sie Ungarns nationale Größe besingen. Die gleiche Stoßrichtung hat die Kampagne gegen die Philosophen Gábor György, György Geréby, Ágnes Heller, Mihály Vajda und Sándor Radnóti. Sie werden nicht nur verunglimpft, sondern ihnen wird auch vorgeworfen, Fördergelder veruntreut zu haben. Die Regierung duldet dies zweifelsohne, wenn sie die Aktionen nicht sogar lenkt. Die Kampagne richtet sich ausschließlich gegen Philosophen, die als „liberal“ gelten. Ebenso ergeht es den Bildenden Künstlern. Diese werden nicht mit dem Schlagwort „liberal“ verfolgt, hier lautet die Hetzparole „abstrakt“ (ung.: nonfiguratív). Ein Beispiel ist die Entfernung des Denkmals von László Rajk, das in Veszprém an den Aufstand von 1956 erinnerte.

Der *Fidesz* führt seinen kulturlosen Kulturkampf nicht nur mit der demagogischen Frage, warum der Steuerzahler Geld für etwas ausgeben soll, was das Volk nicht versteht. Vielmehr werden Künstler sogar als Betrüger und Diebe gebrandmarkt. Der Regierungsbeauftragte zur Aufdeckung von Korruption, Gyula Budai – zu kommunistischer Zeit ein Militärstaatsanwalt – hat bereits „Experten“ beauftragt, die beurteilen sollen, ob mit Hilfe der staatlichen Förderung philosophische Arbeiten und Kunstwerke entstanden sind, deren „Wert“ der Höhe der gezahlten Gelder entspricht.

Eigentumsumverteilung – Angebote, die man nicht ablehnen kann

Bei der Privatisierung in den 1990er Jahren hatten die ehemaligen Kader der Ungarischen Arbeiterpartei einen klaren Startvorteil. Sie konnten ihr politisches Kapital in ökonomisches Kapital ummünzen. Das einstige Staatseigentum gelangte entweder in ihre Hände – oder wurde an ausländische Konzerne verkauft. Der *Fidesz* ist die Partei der Zukurzgekommenen. Da es kaum noch Staatseigentum zu verteilen gibt, muss er eine Neuverteilung des Privateigentums anstreben. Auf legalem Weg ist das jedoch kaum möglich.

In den Jahren 1998–2002 gab es noch einige Betriebe in Staatseigentum, die Geschäftsleute mit wenig Kapital, aber guten Kontakten zum *Fidesz* billig erwerben konnten, da sie auch noch staatliche Kredite mit langen Laufzeiten erhielten. Ein Beispiel war die Privatisierung der Gesellschaft, die das Monopol für die Vermietung staatseigener Immobilien an ausländische Botschaften hatte. Eine andere Möglichkeit,

⁵ Der Umzug der dort angesiedelten Abteilungen des Naturwissenschaftlichen Museums ist bereits angeordnet.

kleine Unternehmen wachsen zu lassen. Die gesetzlichen Vorschriften vom Markt zu nehmen, die Anbieter einen riesigen Staatsauftrag zu bekommen, wie *Vegyépszert*, das gute Kontakte zum *Fidesz* hat, ohne dass es vorher eine öffentliche Ausschreibung gab. Heute gibt es kein staatliches Eigentum mehr, die Übernahme sehr umständlich. Daher ist heute an die Übernahme und des Aufbaus eigener Firmen mit Hilfe des *Fidesz* getreten. Welches Ausmaß das hat, ist nicht klar. Die Methoden jedoch sind die gleichen: die regierende Partei Verordnungen und Gesetze, die Staatsanwaltschaft, Polizei und Steuerbehörden, um staatliche Aufträge nach politischen Kriterien zu vergeben. Unternehmen Übernahmeangebote machen, die eine selektive Interesse der staatlichen Führung der Geschäfte erforderliche Überzeugungen haben. Konkret kann das sehr unterschiedlich sein, je nachdem, wer bereit ist, Anteile an einem Unternehmen zu übernehmen, das versprochen werden, dass er aus seiner Tätigkeit ein gewisses Einkommen erhalten kann, weil das Unternehmen mit seiner Hilfe gefördert wird. Die Peitsche bekommt gezeigt, was man tun darf, doch ein, lassen die Staatsanwaltschaft und die Polizei die Wahl derjenigen, die wegen Korruption oder anderer Verbrechen ihr Geschäftsgebahren von jenem der an der Spitze geklagt werden, mag willkürlich erscheinen. „Renitenten“ von den „Kooperationswilligen“ nicht zu dieser Form der „nationalen Zerschlagung“ es ernst meinen“. So ernst, dass die Trümen Chodorkovskij erscheinen mag.

Nationalökonomie à la *Fidesz*

Der *Fidesz* rechtfertigt seine Wirtschaftspolitik mit der Schaffung einer neuen „nationalen“ Eigentümern. In Ungarn vom Groß- bis zum Kleinunternehmer zu betrachten, wäre falsch. Zynisch kann man die persönliche Bereicherung der Orbán-Clique als die Vision des *Fidesz* ein: Jeder bekommt ein Stück. Die Wirtschaftspolitik der MSZP-Regierung nach dem Gießkannenprinzip verteilte die Maßnahmen gekennzeichnet. Die Vergünstigungen sind nicht nach Möglichkeit alle. Die Eingriffe sind bestimmt Gruppen, sondern möglichst groß. Der *Fidesz* hat die Wirtschaftslenkung durch eine ideologisch und moralisch be-

kleine Unternehmen wachsen zu lassen, war, ausländische Konkurrenten mit speziellen gesetzlichen Vorschriften vom Markt fern zu halten und dann an den ungarischen Unternehmer einen riesigen Staatsauftrag zu vergeben. So erhielt etwa das Unternehmen *Vegyérszer*, das gute Kontakte zum *Fidesz* hatte, riesige Aufträge zum Autobahnbau, ohne dass es vorher eine öffentliche Ausschreibung gegeben hätte.

Heute gibt es kein staatliches Eigentum mehr zu verteilen, und der zweite Weg ist sehr umständlich. Daher ist heute an die Stelle der Verdrängung von Unternehmen und des Aufbaus eigener Firmen mit Hilfe des Staates die Technik der „freundlichen Übernahme“ getreten. Welches Ausmaß der Eigentümerwechsel annimmt, ist noch nicht klar. Die Methoden jedoch sind schon offensichtlich. Wenn klar ist, dass die regierende Partei Verordnungen und Gesetze nach Bedarf verabschieden kann, Staatsanwaltschaft, Polizei und Steuerbehörden der Regierung treu ergeben sind und staatliche Aufträge nach politischen Kriterien vergeben werden, dann kann ein Unternehmen Übernahmeangebote machen, die man nicht ablehnen kann. Das politisch motivierte selektive Interesse der staatlichen Organe garantiert die für die Realisierung der Geschäfte erforderliche Überzeugungskraft.

Konkret kann das sehr unterschiedlich aussehen. Auch Zuckerbrot kann zum Einsatz kommen. Wer bereit ist, Anteile an einem Unternehmen zu verkaufen, dem kann etwa versprochen werden, dass er aus seinen verbliebenen Anteilen noch mehr Profit ziehen kann, weil das Unternehmen mit sehr rentablen Staatsaufträgen versehen werden wird. Die Peitsche bekommt gezeigt, wer das Angebot ablehnen möchte. Willigt er doch ein, lassen die Staatsanwaltschaft und die Steuerbehörden von ihm ab. Die Auswahl derjenigen, die wegen Korruption verfolgt, und derjenigen, die – ohne dass sich ihr Geschäftsgebaren von jenem der anderen Gruppe unterschieden hätte – nicht angeklagt werden, mag willkürlich erscheinen. Sie könnte aber auch recht exakt die „Renitenten“ von den „Kooperationswilligen“ unterscheiden. Doch auch jene, die nicht zu dieser Form der „nationalen Zusammenarbeit“ bereit sind, spüren, dass „die Jungs es ernst meinen“. So ernst, dass manch ungarischem Magnat in schlechten Träumen Chodorkovskij erscheinen mag.

Nationalökonomie à la *Fidesz*

Der *Fidesz* rechtfertigt seine Wirtschaftspolitik mit einer politischen Vision von der Schaffung einer neuen „nationalen“ Eigentümer- und Mittelschicht, die alle wahren Ungarn vom Groß- bis zum Kleinunternehmer umfasse. Dies als bloße Rhetorik zu betrachten, wäre falsch. Zynisch kann es deshalb freilich dennoch sein. Doch die persönliche Bereicherung der Orbán-Clique fügt sich harmonisch in die gesellschaftliche Vision des *Fidesz* ein: Jeder bekommt, was ihm zusteht.

Die Wirtschaftspolitik der MSZP-Regierungen war von einem steten Wechsel zwischen nach dem Gießkannenprinzip verteilten Zuwendungen und extremen Sparmaßnahmen gekennzeichnet. Die Vergünstigungen sollten keine spezielle Gruppe treffen, sondern nach Möglichkeit alle. Die Einschnitte richteten sich ebenfalls nicht gegen bestimmte Gruppen, sondern möglichst gegen Institutionen.

Der *Fidesz* hat die Wirtschaftslenkung der Machtpolitik untergeordnet. Daher ist sie durch eine ideologisch und moralisch begründete Dualität von zielgerichteten Zuwen-

dungen und Tributzahlungen charakterisiert. Die Zuwendungen wie Steuervergünstigungen oder der Széchenyi-Plan zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen etwa sollen einer „gesunden“ Fortpflanzung der Nation oder der Stärkung der christlichen Mittelschicht dienen. Die Einsparungen zum Stopfen von Haushaltslöchern präsentiert der *Fidesz* als Strafzahlungen. Wirtschaftspolitik gerät so zum Modus eines Kampfes zwischen den „guten“ Kräften der Nation und den „bösen“ Kräften, die die Nation vernichten wollen. Banken, die Extraprofit erwirtschaften, Telekommunikationsunternehmen und Energiekonzerne, die Multis, die ihren Profit ins Ausland retten, die „Hamburger-Produzenten“, die ungesunde Lebensmittel vertreiben, werden mit einer Sondersteuer bedacht. Diese Aktionen genießen breite gesellschaftliche Unterstützung, da es der *Fidesz* versteht, die Verunsicherung und die Frustration vieler Menschen zu Emotionen zu formen.

Die gleiche Politik trifft auch das erntgegengesetzte Gesellschaftssegment. Wem nichts weggenommen werden kann, dem gibt der *Fidesz* weniger. „Oben“ soll die „volksfremde“ Elite verdrängt, „unten“ die „nicht nationsbildenden“ Armen gegängelt werden: Arbeitslosengeld wird nicht mehr wie bisher ein knappes Jahr lang gezahlt, sondern nur noch 90 Tage. Auch beträgt es nur noch die Hälfte des Minimallohns. Schließlich können die Empfänger von Arbeitslosengeld – unabhängig von ihrer Ausbildung – zu jeder kommunalen Arbeit herangezogen werden. Wieder fügt sich Wirtschaftspolitik in ein ordnungspolitisches Weltbild ein.

Wenn dem öffentlichen Dienst oder staatlich unterstützten Einrichtungen Geld entzogen werden soll, dann wird der Kooperationsbeauftragte der Regierung vorweggeschickt. Allfälligem Widerstand korporativer Interessen wird mit der Drohung einer „umfassenden Untersuchung verdächtiger Finanzangelegenheiten“ vorgebeugt. So geschehen etwa einen Tag bevor die Regierung im März 2011 eine Kürzung der Ausgaben für das Hochschulwesen in Höhe von umgerechnet 140 Millionen Euro bekannt gab. Reicht das den öffentlichen Einrichtungen entzogene Geld nicht aus, plündert der *Fidesz* auch private Spareinlagen. Die Verstaatlichung der privaten Rentenkassen wurde mit dem Argument begründet: „Die verspekulieren unser Geld an der Börse.“ Je mehr die Maßnahmen dem Geist einer freien Marktwirtschaft und dem Prinzip des Eigentumsschutzes widersprechen, desto mehr operiert der *Fidesz* mit der Kriminalisierung der betroffenen Institution. Die Geißelung von Sündenböcken und methodischer Rufmord sind zu einem konstitutiven Element der ungarischen Wirtschaftspolitik geworden.

Autokratie und Autarkie

Autokratien akzeptieren nicht, dass die Wirtschaft eigene Gesetze hat, die nicht der Logik des politischen Diktats folgen. Zur politischen Autokratie passt daher am besten ökonomische Autarkie. Der Versuch, mit brachialer politischer Gewalt die Wirtschaft zu lenken, funktioniert aber selbst in isolierten großen Staaten nur sehr eingeschränkt. Stichwort „Sozialismus in einem Land“. Das kleine Ungarn ist jedoch auf seine Integration in den Weltmarkt angewiesen. Das kommunistische Regime konnte durch die Schließung der Grenzen verhindern, dass die Bürger mit den Füßen über das System abstimmen. Das EU-Mitglied Ungarn hat keine Mittel in der Hand, um zu verhindern,

das Unternehmen und Bürger auf politischem Kapital bzw. der Verlagerung der EU. Der *Fidesz* erfindet immer neue Kampagnen trotz parlamentarischer Zweidrittelmehrheit. Angestellten des öffentlichen Diensts muss er weder mit Befehlen noch mit Beschwerden. Freiheitskämpfer gegen die globalisierten Weltmarkt erstreckt sich nicht auf den Weltmarkt. Weltwirtschaft kommt er mit Gesetzen und nicht in eine politische Autarkie zu führen. Doch die Brüsseler Kritik am Medienmarkt ist es Mitglied der EU ist. Brüssel wird kritisiert. Die vielbeschworene europäische Autarkie so lange es keine auch im Konfliktfall gibt. Und auch wenn Orbán nicht an der Grenze gehen kann, so muss die entscheidende Entscheidung von innen kommen.

Statt eines Happy Ends

Zwar ist es der *Fidesz*, der Ungarn in die Autokratie trägt auch die sozial-liberale Vorläuferin radikalen Reformen, und sie trägt Sozialismus. SZDSZ schürte unmäßige Erwartungen, die sie stürzt. Der SZDSZ hat sich sogar politisch nicht als Oppositionspartei. Ein Großteil der Partei lastet, und die Partei hat keine Idee. Der *Fidesz* vorwirft, er habe seine Wurzeln in dem alten Sozialpopulismus. Und auch heute nimmt niemand mehr ernst. Die Politik ist möglich, LMP) ist zwar – sie ist unfähig, diese Chance zu ergreifen, ihr Führungspersonal ist allzu leicht in die Skylla und Charybdis hin und her: man wieder Hofopposition des *Fidesz*.

All jenen Wählern, die auch nur in der Autokratie eine politische Kraft, die sie von der liberalen Partei bedarf es nicht nur einer neuen Mentalität, eines Bruchs mit der alten. es neuer charismatischer, fachlich kompetent aus den mittlerweile immer besser organisierten hervorgehen. Fest steht nur, dass die Autokratie aussehen, wenn Mercutio nach seiner

Aus dem Un

dass Unternehmen und Bürger auf politische Eingriffe in die Wirtschaft mit dem Abzug des Kapitals bzw. der Verlagerung der Ersparnisse ins Ausland reagieren.

Der *Fidesz* erfindet immer neue Kampagnen, um die Wirtschaft zu gängeln. Doch trotz parlamentarischer Zweidrittelmehrheit stößt er hier an seine ersten Grenzen. Die Angestellten des öffentlichen Diensts mag Orbán gefügig machen. Die Börsen kann er weder mit Befehlen noch mit Beschwörungen lenken. Orbán glaubt, als nationaler Freiheitskämpfer gegen die globalisierte Wirtschaft zu kämpfen. Doch seine Macht erstreckt sich nicht auf den Weltmarkt und seine Institutionen. Den „Gesetzen“ der Weltwirtschaft kommt er mit Gesetzen nicht bei. Zudem sind Orbáns Versuche, Ungarn in eine politische Autarkie zu führen, in der EU auf Widerstand gestoßen.

Doch die Brüsseler Kritik am Mediengesetz ist verhallt. Es hilft Ungarn nichts, dass es Mitglied der EU ist. Brüssel wird keine Sanktionen gegen das Orbán-Regime verhängen. Die vielbeschworene europäische Werteordnung ist solange nicht viel wert, so lange es keine auch im Konfliktfall durchsetzbare gemeinsame Rechtsordnung gibt. Und auch wenn Orbán nicht an den Gesetzen der globalisierten Welt vorbeiregieren kann, so muss die entscheidende Kraft zur Überwindung der Autokratie doch von innen kommen.

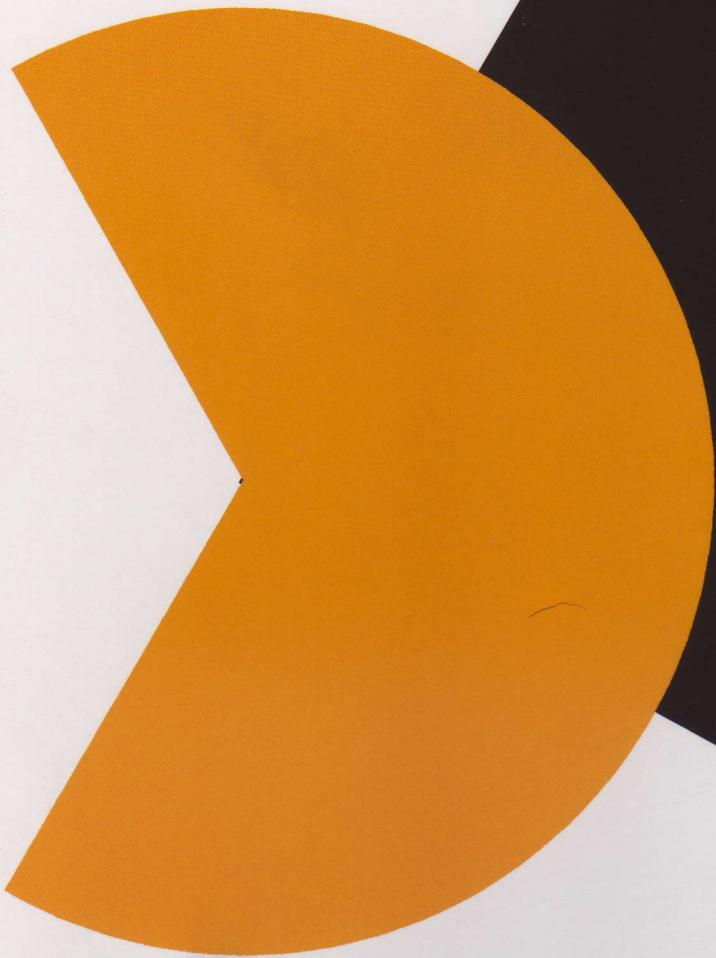
Statt eines Happy Ends

Zwar ist es der *Fidesz*, der Ungarn in eine Autokratie verwandelt. Doch Verantwortung trägt auch die sozial-liberale Vorgängerregierung. Der MSZP fehlte der Mut zu radikalen Reformen, und sie trägt Schuld an der Ausbreitung der Korruption; der SZDSZ schürte unmäßige Erwartungen. Beide sind daher in der Wählergunst abgestürzt. Der SZDSZ hat sich sogar praktisch aufgelöst. Doch auch die MSZP taugt nicht als Oppositionspartei. Ein Großteil ihres Führungspersonals ist persönlich belastet, und die Partei hat keine Idee, wie ein Neuanfang aussehen könnte. Wenn sie dem *Fidesz* vorwirft, er habe seine Wahlversprechen gebrochen, so ist das nichts als der alte Sozialpopulismus. Und auch ihren Aufruf zum „antifaschistischen Kampf“ nimmt heute niemand mehr ernst. Die neue Partei *Lehet Más a politika* (Eine andere Politik ist möglich, LMP) ist zwar – anders als die MSZP – nicht vorbelastet. Doch sie ist unfähig, diese Chance zu ergreifen. Sie hat kein kohärentes politisches Programm, ihr Führungspersonal ist allzu unbedarft. Orientierungslos treibt sie zwischen Skylla und Charybdis hin und her: mal Teil der antifaschistischen Einheitsfront, dann wieder Hofopposition des *Fidesz*.

All jenen Wählern, die auch nur in Ansätzen liberal denken, fehlt daher heute in Ungarn eine politische Kraft, die sie vertreten könnte. Für die Entstehung einer neuen liberalen Partei bedarf es nicht nur einer kritischen Masse an Unzufriedenen. Es bedarf einer neuen Mentalität, eines Bruchs mit dem Populismus. Vor allem aber bedarf es neuer charismatischer, fachlich kompetenter Politiker. Noch ist nicht abzusehen, ob aus den mittlerweile immer besser organisierten Massenprotesten auch solche Personen hervorgehen. Fest steht nur, dass das alte Personal abgehalfert ist. Wie würde es aussehen, wenn Mercutio nach seiner Ermordung im nächsten Akt wieder aufträte?

Aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke, Budapest

osteuropa



Quo vadis, Hungaria?
Kritik der ungarischen Vernunft